

Aboressenspreis
Im ganzen deutschen Reich: 18 Mark
Jährlich: 18 Mark 50 Pf. Reichen tritt Post- und
Während 4 Mark 50 Pf. Steuern zu zahlung hierzu.
Kleinstes Nummern: 10 Pf.

Innerer Preispreis:
Für den Raum einer gespaltenen Postseite: 20 Pf.
Unter „Eingesandt“ die Zeile: 50 Pf.

Erscheint:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: Commissionsrath J. G. Hartmann in Dresden.

Amtlicher Theil.

Dresden, 11. Januar. Seine Majestät der König haben dem Hofopernänger Lorenz Kiese das Prädikat „Königlicher Kammermacher“ alljährlich zu verleihen geruht.

Seine Majestät der König haben zu genehmigen geruht, daß der Kammermischer Friedrich Gräfner die von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin verliehene Verdienst-Medaille in Gold annehmen und trage.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Tagegeschichte. (Dresden, Berlin, Posen, Paderborn, Dortmund, Culpa, Flensburg, München, Wien, Zara, Paris, Genf, Madrid.)

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 18. Januar.)

Der Prozeß Osenheim in Wien.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Dienstag, 19. Januar, Nachmittags. (Tel. d. Dresden. Journ.) Im Abgeordnetenhaus heute heute der Finanzminister Camphausen den Etat vor.

Die Einnahmen für das Jahr 1875 sind veranschlagt auf 694,422,613 Mark, wihin 3,871,438 niedriger als 1874, die ordentlichen Ausgaben auf 613,830,050, wihin 17,585,807 mehr als 1874, und die außerordentlichen Ausgaben auf 80,592,563, wihin 2,562,775 mehr als 1874. Der Stand der Staatschulden ist der denkbar niedrigste. Dieselben betragen 929,287,108 und werden aufgewogen durch den Beitrag der Staatsseebahnen. Die Einnahmen der Staatschulden werden durch die Eisenbahnbücher gedeckt.

Der Etat des Kultusministeriums sind aufgenommen: 502,000 Mark mehr für die Universitäten, 2 Millionen für die Schulbauförderung der Geistlichen, ½ Million Entschädigung für den Ausfall der Stolzgebühren, 3 Millionen für die Elementarlehrer.

Das Extraordinarium weist auf: 3 Millionen für Eisenbahnbauten und 25 Millionen für Wasser- und Straßenbauten, womit der Staat den barniederlegenden Industriezweigen aufstellen will.

Der Capitän zur See Werner ist durch kaiserliche Cabinetordre zum Kontraadmiral befördert worden.

Posen, Dienstag, 19. Januar, Vormittags. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der Bischof Konrad Martin ist heute Morgen 9 Uhr in Begleitung des Polizeipräfekts auf nach Wieso abgeführt worden, um dort vorläufige Inhaftierung zu werden. (Vgl. unter „Tagegeschichte“.)

Prag, Dienstag, 19. Januar, Vormittags. (Privat-Tel. d. Dresden. Journ.) Die Antwort der altpreußischen Reichstagsabgeordneten an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Rechbauer, auf dessen Aufrufung zum Eintritt in das Haus ist gestern abgegangen. Dieselbe lautet ablehnend und trägt 26 Unterschriften. Die Jungtheatralen werden eine separate Antwort abenden.

Versailles, Montag, 18. Januar, Abends. (W. L. S.) In der Nationalversammlung wurde heute, bei Weiterberatung des Gesetzes über die Abreise der Armee, beschlossen, in jeder Compagnie zwei Hauptleute anzustellen. Morgen wird die Versammlung den Artikel 8 dieses Gesetzes beraten.

Die Wahl des Bonapartistischen Kandidaten Gazeau in dem Département Hautes-Pyrénées (vgl. unter „Tagegeschichte“) ist nur dadurch ermöglicht worden, daß etwa 6000 conservative Wähler ihre Stimmen für ihn abgaben, weil der septen-

nalistische Kandidat Alicot von den Republikanern unterstützt wurde.

London, Montag, 18. Januar, Abends. (W. L. S.) Nachdem die persische Regierung vor Kurzem dem russischen General Balchenhagen die Concessions zur Anlage einer zweiten Eisenbahnlinie durch Persien ertheilt hat, hat der Baron Reuter, wie die „Times“ mittheilt, wegen Verleugnung der ihm selbst vorher bewilligten Concessions dem persischen Grosswirte einen Protest zugehen lassen. Der englische Ministerresident Thomson in Teheran ist von dem Earl Derby angewiesen, diesen Protest formell und offiziell zu unterstützen.

Einem Wunsche des Kedive von Ägypten entsprechend, sind die Engländer Cholmondeley-Pennell und Acton designirt, um ein ägyptisches Handelsministerium nach dem Muster des englischen einzurichten.

Stockholm, Montag, 18. Januar, Nachmittags. (W. L. S.) Der Reichstag ist heute vom König eröffnet worden.

In der Thronrede wird bemerk't, daß die Gejegnungen, betreffend die Umgestaltung des Landheeres und der Marine und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, ausgeführt, doch dagegen die Vorarbeiten betreffend Abschaffung der Grundsteuern noch unvollendet seien. Da nun die das Militärwesen betreffenden Fragen mit der Grundsteuerfrage im engsten Zusammenhang ständen, würden dem Reichstag in der jetzigen Session nur einzelne Theile der daraus bezüglichen Gejegnungen erörtert werden. Sodann wird zur Vermehrung des Betriebsmaterials bei den Staatsbahnen die Genehmigung sehr erheblicher Summen in Anspruch genommen. Der im vorigen Jahre erzielte Einnahmeüberschuss beträgt 12 Millionen Kronen.

Tagesgeschichte.

Dresden, 19. Januar. Se. Majestät der König haben sich heute früh mit Sr. Kaiserl. Königl. Hofrat dem Großherzoge von Coburg und Sr. Königl. Hofrat dem Prinzen Georg zur Abhaltung einer Sitzung, zu welcher mehrere Einladungen ergangen sind, nach Wieden gegeben. Die 1. Zahlplatte findet im l. Schlosse statt.

Dresden, 19. Januar. In den „Dresdner Nachrichten“ handelt es vor einiger Zeit die Notiz, die südpfälzische Regierung bedenklich eine gerichtliche Verfolgung der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher“, weil dieselbe trotz der erfolgten, amtlichen Widerrichtung die Richtigkeit der über dem König Johann gebrachten, angeblichen Entblößungen aufrecht erhält. Da diese Notiz auch in andere Blätter übergegangen ist und z. B. von der „Neuen Preußischen Zeitung“ sogar als ancheinend offiziell bezeichnet wird, so wollen wir doch auf Grund dieser eingezogenen Erklärung, hiermit bestimmt erklären, daß von den Angaben der „Dresdner Nachrichten“ in dieser Beziehung nur soviel richtig, aber freilich auch ganz allgemein bekannt ist, daß im Herbst dieses Jahres der Landtag wieder zusammentritt und ihm das neue Budget vorgelegt werden muß.

Dresden, 19. Januar. Es ist unmöglich, alle die halbwahren oder ganz unmahren Nachrichten über angebliche Absichten oder Pläne der Regierung, welche die öffentlichen Blätter bringen, speziell zu verfolgen und richtig zu stellen. Wir würden daher auch das, was die „Dresdner Nachrichten“ in den letzten Tagen über die Einführung des Landtags, die Behandlung des nächsten Budgets, die Einführung der Einkommensteuer, sowie über Veränderungen im Rechnungswesen der Staatsseebahnen u. s. w. gebracht haben, nicht weiter berücksichtigen, wenn nicht die „Dresdner Zeitung“ einen der bezüglichen Artikel als „anscheinend offiziell“ bezeichnet hätte. Wir wollen daher zur Vermeidung von Mißverständnissen, nach deshalb eingezogener Erklärung, hiermit erklären, daß von den Angaben der „Dresdner Nachrichten“ in dieser Beziehung nur soviel richtig, aber freilich auch ganz allgemein bekannt ist, daß im Herbst dieses Jahres der Landtag wieder zusammentritt und ihm das neue Budget vorgelegt werden muß.

Dresden, 19. Januar. Und Gegenzeitigkeit würde gereissen, mit einer Rücksicht von komischen Situationen füllen auch die bittern tragischen in Wien herbei, der Haf' arkte in Bewältigung aus, die staatliche Ordnung füllt zur Auslösung. Die ungeschminkte Wahrheit darf in unsrer auf Mangelhaftigkeit und Illusion basirten Verhältnissen nur Gasrollen geben, wenn sie Allgemeingebrauch wird, zertrümmt sie uns das ganze Kortenhaus und wir schlagen einander die Köpfe ein. Und das Schlimmste kommt noch: wir würden durch die Wahrheit nicht einmal wirklich die Wahrheit hören, sondern in den meisten Fällen nur die offene Ausdrucksweise der überreichen Stimmung des Moments. Die besten Freunde oder die sich gleichgültigsten Personen hätten sich also vergeblich geprüft, gefordert oder gerauscht.

Ich bin mir bewußt, in diesem Gedanken für einen etlichen Poeten den fruchtbarsten Boden zu einer sehr anziehenden und neuen Dichtung gegeben zu haben, die nicht nötig hätte, in Märchenbuch zu verdurstet. Ich bin mir bewußt, in diesem Gedanken für einen etlichen Poeten den fruchtbarsten Boden zu einer sehr anziehenden und neuen Dichtung gegeben zu haben, die nicht nötig hätte, in Märchenbuch zu verdurstet.

Auf eine solche Aussöhnung der Zauberlappchenidee ist der Verfasser von „Doctor Faust's Haudäppchen“ nicht gekommen. Er benutzt ihre große Hebelkraft nur zur Herbeiführung durchs komische Scenen. Seine Poësie hat eine harmlose Tendenz, aber sie verliert sich in einer ledernen Zusammenstellung von einzelnen Situationen, denen die fröhliche Strömung geschlossener Action, und infolge dessen auch die rege Spannung des Publikums fehlt. Und diesen Dingen, die nicht vorhanden sind, schließt sich auch der Mangel an Wit und amüsanten Gesprächen an. Mit realistischer Schilder ist in dem bunten Gangen eine Räubergeschichte ausgeschaut, die sich einer sehr gut einfühlsamen Darstellung erfreute. Wenig Glück hat der Verfasser mit den komischen Rollen gehabt die des Hrn. Karl (Schloßinspektor) geht mit vollem

und daß der erste — von dem Finanzministerium noch nicht festgestellt — Entwurf der Instruction für die Abschaltung zur Einkommensteuer in diesem Augenblick dem Landeskultusminister und den Handelskammern zur Begutachtung vorliegt. Alles Uebrige beruht theils auf bloßen Vermutungen des Verfassers und mehr oder weniger willkürlicher Annahme, theils in es positiv anrichtig, wie z. B. die Angabe, daß beabsichtigt werde, die gegenwärtige Finanzperiode um ein halbes Jahr auszudehnen und die Einkommensteuer erst mit dem 1. Juli 1876 einzuführen, sowie die Abschaltung für die letztere erst im Juli und August d. J. stattfinden sollte.

L. Berlin, 18. Januar. Vor Beginn der heutigen Sitzung des Reichstags war in den Abteilungen die Commission für die Verbrauch der Zustände gewählt worden, welche aus folgenden Mitgliedern besteht: Reichsgericht (Ope), v. Forcade de Blas, Dr. Meyer (Donzdorff), Haas, v. Schöning, v. Jago, Uhde, Dr. Schwarze (Gotha), Alois, Herzl, Endold (Sachsen), Dr. Jann, Dr. Lasker, Dr. Marquardt, Miquel, v. Puttkamer (Frankfurt), Bernards, Dr. Sieber, Pfarrer, Dr. Kröper, Dr. Bähr (Kassel), Becker (Oldenburg), Dr. Greif, Dr. Grimm, Dr. Bölk, Struckmann (Düsseldorf), Dr. Wolffson, Gaupp. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Fortsetzung der zweiten Abstimmung des Gejegnungsvertrags über die Beurteilung des Personensstandes und die Chefschließung. Diese wurde auch heute noch nicht zu Ende geführt. Zur Erledigung fanden die §§ 55 bis 76, und zwar gelungenen mit zwei Abstimmungen über die Bestimmungen der Vorlage zur Annahme. Eine vom Abg. Dr. Sinn vorbereitete Resolution wegen obligatorischer Einführung der Leibzuschau im deutschen Reiche stand nicht die Mehrheit. (Vgl. anhängend den Sitzungsbericht.) Die Bankcommission ist mit der Beratung des ihr vorgelegten Gejegnungsvertrags in ihrer gestern Abend bis zur Nachtzeit (12 Uhr) andauernden und heute Vormittag weiter anbauernden Sitzung fertig geworden. Zum Referenten ist der Abg. Dr. Bamberg ernannt, mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erläutern. Der Bericht für das Plenum wird in der morgen stattfindenden Sitzung der Commission festgestellt, dann sofort in den Druck gegeben werden, und voraussichtlich morgen Abend noch zur Vertheilung gelangen.

Die Beklasse der Commission in den beiden leitgeführten Sitzungen bringt sich nach der „A. B.“ zum großen Teil mit der Einrichtung der Reichsliste in der ersten Sitzung und nur einige Abweichungen von den früheren Beschlüssen haben wir hier noch zu registrieren. In dem § 40 des Gesetzes wird das Staat in der Reichskanzlei normirt. Hierzu hat die Commission in vorheriger Sitzung den Beschluss gefaßt: jedem Reichsbürohaupt der Bank in der Generalsammlung eine Stimme zu gewähren, ob das jedoch ein Stimmberechtigter nicht mehr als 100 Anteile auf sich vereinigt. In dem Generalschluß der Bank soll nach den Beschlüssen der Commission nur ein Brüder von mindestens drei Reichsbürohaupten zugestimmt werden dürfen. — In dem § 41 werden nach den Beschlüssen der ersten Sitzung folgendermaßen lautende: „Die durch gewöhnliches Gesetz erlaubte Geschäftsführung der Reichsbank erfolgt mit dem 1. Januar 1871, wenn nicht vorher eine Verlängerung festgesetzt hat.“ — wird nach längster Diskussion und weiter anbauernder Sitzung fertig geworden. Zum Referenten ist der Abg. Dr. Bamberg ernannt, mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erläutern. Der Bericht für das Plenum wird in der morgen stattfindenden Sitzung der Commission festgestellt, dann sofort in den Druck gegeben werden, und voraussichtlich morgen Abend noch zur Vertheilung gelangen.

Die Beklasse der Commission in den beiden leitgeführten Sitzungen bringt sich nach der „A. B.“ zum großen Teil mit der Einrichtung der Reichsliste in der ersten Sitzung und nur einige Abweichungen von den früheren Beschlüssen haben wir hier noch zu registrieren. In dem § 40 des Gesetzes wird das Staat in der Reichskanzlei normirt. Hierzu hat die Commission in vorheriger Sitzung den Beschluss gefaßt: jedem Reichsbürohaupt der Bank in der Generalsammlung eine Stimme zu gewähren, ob das jedoch ein Stimmberechtigter nicht mehr als 100 Anteile auf sich vereinigt. In dem Generalschluß der Bank soll nach den Beschlüssen der Commission nur ein Brüder von mindestens drei Reichsbürohaupten zugestimmt werden dürfen. — In dem § 41 werden nach den Beschlüssen der ersten Sitzung folgendermaßen lautende: „Die durch gewöhnliches Gesetz erlaubte Geschäftsführung der Reichsbank erfolgt mit dem 1. Januar 1871, wenn nicht vorher eine Verlängerung festgesetzt hat.“ — wird nach längster Diskussion und weiter anbauernder Sitzung fertig geworden. Zum Referenten ist der Abg. Dr. Bamberg ernannt, mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erläutern. Der Bericht für das Plenum wird in der morgen stattfindenden Sitzung der Commission festgestellt, dann sofort in den Druck gegeben werden, und voraussichtlich morgen Abend noch zur Vertheilung gelangen.

— Wie der „Börsig“ mitgetheilt wird, dürfte der K. A. im Prozeß vor dem Kammergericht erstmals im September zur Verhandlung kommen.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

Posen, 18. Januar. (Tel.) In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurden von 4 Personen, welche wegen Aufreis und Widerstand gegen die bewaffnete Macht bei Gelegenheit der Einführung des Provisorischen Kabinetts gegen die Strafe des Todes verurteilt waren, 2 unter Annahme militärischer Entlastung freigesprochen. — Das Urteil ist mit dem Tage ihrer Verurteilung in Kraft.

— Wie der „Börsig“ mitgetheilt wird, dürfte der K. A. im Prozeß vor dem Kammergericht erstmals im September zur Verhandlung kommen.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

Paderborn, 16. Januar. In dem „Westf. Volksbl.“ steht man: Die 24 Wochen (168 Tage) Freiheitsstrafe, welche Bischof Konrad Martin wegen Nichtzahlung von 800 Thlr. maßgeblicher Strafen zu verbüßen hat, nahm sich ihrem Ende; begonnen am 4. August v. J., läuft die Strafzeit am 19. d. ab. Ob aber der Oberherr schon am genannten Tage die Freiheit wieder erlaubt wird, ist dem Vernehmen nach noch unbestimmt. Es ist nämlich ingewis, die Festungsstrafe von 2 Monaten, wozu der Bischof wegen des Hirtenstreiks vom 14. März v. J. vom Kreisgericht zu Hörde unter 18. Juni v. J. verurtheilt war, rechtskräftig geworden. Das genannte Urteil war vom hiesigen Appellationsgerichte

Bestätigt. — Der „Westf. Volksbl.“ steht man: Die 24 Wochen (168 Tage) Freiheitsstrafe, welche Bischof Konrad Martin wegen Nichtzahlung von 800 Thlr. maßgeblicher Strafen zu verbüßen hat, nahm sich ihrem Ende; begonnen am 4. August v. J., läuft die Strafzeit am 19. d. ab. Ob aber der Oberherr schon am genannten Tage die Freiheit wieder erlaubt wird, ist dem Vernehmen nach noch unbestimmt. Es ist nämlich ingewis, die Festungsstrafe von 2 Monaten, wozu der Bischof wegen des Hirtenstreiks vom 14. März v. J. vom Kreisgericht zu Hörde unter 18. Juni v. J. verurtheilt war, rechtskräftig geworden.

— Auf dem Prozeß vor dem Kammergericht erstmals im September zur Verhandlung kommen.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.

— Der „A. B.“ wird telegraphirt: In vierzig unternationalen Kreisen wird versucht, daß die hier zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem spanischen Gesandten Kastilien wegen der „Gustav“-Angelegenheit geführten Verhandlungen ein bestreitiges Resultat erreicht haben. Die deutsche Regierung soll mit dem Vorgehen Spaniens ganz zufrieden sein, insoweit daß sie eine volle Genugthung für Deutschland in Sicherer Ausicht stelle.